

Möglich ist, daß die von der Siebener-Kommission ausgegebene Parole: die neue Arbeitsordnung ist nicht zu unterschreiben, den Unternehmern den Vorwand zu Ausschreibungen auf dieser oder jener Grube gibt. Dann wären umfangreiche Sympathiestreiks die unausbleibliche Folge, und in wenigen Tagen stände von neuem das ganze Ruhrgebiet in Flammen. Denn bei der ganz besonderen Eigenart der Verhältnisse im Bergbau ist ein lokaler Kampf nicht nur völlig aussichtslos, sondern auch undurchführbar. Die Führer wollen den Kampf auch diesmal nicht — es ist aber sehr leicht möglich, daß der Sturm abermals über sie hinwegbrausen wird, genau wie im Januar.

Ob ein neuer Kampf Erfolg verheißt? Ob er nicht ausschließlich im Interesse der Grubenmagnaten liegen würde, die ihn systematisch provozieren? Das sind Fragen für sich, die hier nicht erörtert werden können. Es gibt jedenfalls Situationen, wo die Last unerträglich geworden ist, wo der Druck nicht länger mehr gebildet werden kann, wo alles Rechnen und Berechnen, alles Kalkulieren und Studieren dahinschwindet, wo aller düsteren Weisheit besorgter Prophetenworte zum Trotz das Proletariat dem Ruf der Ehre folgen muß — mag kommen, was da kommen will! Solche Situation war jetzt in Rußland gegeben, in solcher Lage ist die Arbeiterschaft Oesterreichs. Ob die Spannung im Ruhrgebiet gleichfalls einen Grad erreicht hat, wo alles gewagt werden muß, weil alles auf dem Spiele steht: das wird die nächste Zukunft ergeben.

Soeben veröffentlicht der Bergbauliche Verein, die bekannte Unternehmerorganisation, eine Antwort auf die Eingabe der Siebener-Kommission an den Handelsminister. Widerlegt wird in dieser Antwort natürlich keine der Anklagen. Daß im übrigen an einen praktischen Erfolg der Eingaben an die Regierung nicht zu denken ist und daß kein Bergmann ernsthaft mehr auf Hilfe von dieser Seite hofft, versteht sich von selbst.

## Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 2. November. Infolge des Wachstums der revolutionären Bewegung herrscht bei Hofe eine unbeschreibliche Befürchtung und Nervosität. Die Abreise des Fürsten Iwowski wird offen zugegeben. Man nimmt an, der Fürst habe sich ins Ausland begeben, um das Vermögen und die Gosparteien der russischen Kaiserfamilie in Sicherheit zu bringen.

Petershof, 3. November. Ein kaiserlicher Ukas betreffend den Erlaß einer Amnestie ist unterzeichnet.

Petersburg, 4. November. Der kaiserliche Amnestie-Ukas zählt gewisse Kategorien politischer Verurteilter auf, die vollständig begnadigt werden. Bei andern, zu schweren Strafen verurteilten Personen treten große Straferleichterungen ein. Für politische Vergehen tritt vollständige Begnadigung ein.

Petersburg, 3. November. Die Zensur sind von dem heutigen Prolegement nicht befreit und verlangen die Abschaffung jeglicher Zensur. Nur die Zeitungen, deren Redaktionen sich verpflichten, revolutionäre Aufrufe und Erklärungen zu veröffentlichen, sollen morgen erscheinen, die übrigen werden boykottiert und die Druckereien demoliert. Augenblicklich ist die Lage schwankend, gearbeitet wird nur in der Druckerei des Hofes.

Petersburg, 3. November. Im Laufe der Nacht trafen neue Nachrichten von gegen die Juden gerichteten Angriffen ein. In Smolensk gelang es der energisch eingreifenden Selbstverwaltung Ausschreitungen zu verhindern. In Rostow am Don gleichen einige Straßen Trümmerhaufen, der neue Bazar ist niedergebrannt. Die Angriffe gegen die Juden dauern fort in Mariupol und Jusowka, ebenso in Kiew. Dort wurden Bomben auf die Kofaken geschleudert. In Kiew wurden gestern 12 Personen getötet und 44 verwundet.

In Kustawa drang die Volksmenge in das Gefängnis ein, wobei 38 Personen verwundet wurden. Auch in Uman kamen Anruhen vor, die Demonstranten forderten die Freilassung der wegen politischer Vergehen Verhafteten.

sie gehindert wäre, Unheil anzurichten. Und der Richter fragte sie, wer sie in diesen Zustand versetzt. Darauf gestand sie ihm, sie habe ihren Bräutigam, der am Kreuze gestorben, darum gebeten, daß er alle Schönheit von ihr nehme und sie ihm ähnlich machen möchte.

Grete! benehne Daumen und Zeigefinger an den Lippen und wandle geräuschvoll das Blatt, um weiterzulesen. Aber Pepi vermochte der Erzählung nicht zu folgen. Was gingen sie diese Dinge an! Das war alles so lange her, daß man nichts dabei fühlen konnte. Ach Gott! sie hatte ja wohl genug mit sich selber zu tun. Und war der Schmerz um vergangenes Glück und die Aussicht auf ein graues, erbärmliches Dasein nicht auch Martyrium genug? Hinter ihr lag eine Viertelstunde der Seligkeit, vor ihr aber nichts; sie würde ihre Arbeit tun, schlecht und recht, an Vergangenes denken, niemand Vorwürfe machen, sie würde die Dinge nehmen, wie sie waren, und schweigen.

Ach Gott! Wie langsam gingen die Stunden! Jetzt war es fünf Uhr! Und erst um sieben konnte sie nach Hause.

Die Sonne sank; man merkte, daß es in den Herbst ging. Der Himmel über den Dächern war so blau und durchsichtig, wie er es schon lange nicht gewesen war. Die Dächer lagen in greller Beleuchtung da. Ach, die schönen Tage! Wie gut mußte es sein, in ruhigen Tälern fern der Stadt an einem rauschenden Wasser zu sitzen! Oder am Waldrand, wenn drüben über den Bergen die Sonne sank!

Und Pepi starrte sehnsüchtig in die Ferne, folgte dem Flug der Tauben, deren Gefieder im Sonnenglanze blitzte, und ihre Sehnsucht stieg. Aber mit ihr kam ein Grauen und eine Angst vor sich selber. Ach, wer sich opfern könnte, wie die Heiligen es vermocht hatten, und wer Seligkeit dabei empfände wie sie! Für das, was man liebte, zu sterben, war wohl nicht schwer; aber zurückgestoßen sein, verhöhnt und leichthin preisgegeben, das mußte ein jedes Menschenherz vernichten. . . wer nicht schön war und nicht reich und nicht mehr jung, der trug sein Martyrium, so gut wie die Heiligen, von denen die Bücher berichten.

— und am nämlichen Tage, als es in den Abend ging, errichteten sie ein großes Kreuz auf einer Anhöhe im Westen und kreuzigten sie. Sie aber lobte Gott und predigte vom Kreuze herab die drei Tage, die ihr noch zu leben vergönnt waren, so eindringlich, daß viele Laufende

Petersburg, 4. November. Das Mitglied des Reichsrats, Fürst Obolenski, ist zum Oberprokurator des heiligsten Synods ernannt worden.

Petersburg, 3. November. Heute sind nach Moskau aus Petersburg neun Bände befördert worden.

Paris, 4. November. Petit Journal meldet aus Petersburg, Fürst Krusoff, Gouverneur von Lwow, sei zum Minister des Innern ernannt worden.

Kopenhagen, 3. November. Miksa Bureau meldet aus Saparanda: In der letzten Nacht ist aus Helsingfors durch den Eisenbahntelegraphen bei den Streikenden in Tornea folgendes Telegramm angekommen: Der Senat ist aufgeschoben. Die Senatoren und der Generalgouverneur sind verabschiedet.

Warschau, 3. November. Heute kamen hier nur zwei Verwundungen vor. Die Lehrer der städtischen Schulen haben beschlossen, den Unterricht fortan in polnischer Sprache zu erteilen. In einer großen Versammlung der Wahleltern wurde beschlossen, solange zu streiken, bis alle Wünsche des Volkes erfüllt seien.

Warschau, 4. November. Der Zustand dauert fort, es droht der Ausbruch einer Judenpeste. Es herrscht großer Parteihader. Auf den Straßen hört man noch immer Gewehrsalven. Das Telefon nach Lwow ist unterbrochen. Es sieht zu befürchten, daß Post und Telephon streiken werden.

Riga, 4. November. Die Situation hat sich hier immer noch nicht gebessert. Ein gestern abend abgehaltenes Meeting beschloß, den Generalkreik fortzusetzen. Nunmehr haben auch sämtliche Apotheken geschlossen.

Kiew, 3. November. Der Eisenbahnverkehr ist in größerem Umfange wieder aufgenommen worden.

Kiew, 4. November. Seit bereits 4 Tagen ist hier Aufruhr und Plünderung an der Tagesordnung. Das Militär beschließt die Häuser der Juden, weil diese den Plünderern bewaffneten Widerstand entgegensetzten. Der Direktor der Reichsbank telegraphierte an Witte, daß er wegen der passiven Haltung des Militärs jede Verantwortung für den Schuß der Bank ablehnen müsse.

Kiew, 4. November. Seit drei Tagen wüten hier Judenexzesse. Fast alle jüdischen Magazine, sowie viele Wohnungen sind total zerstört, viele jüdische Kinder und Greise wurden barbarisch hingeredet. Militär und Polizei sehen dem Treiben zu, ohne sich zu rühren. Die Situation ist verzweifelt.

London, 4. November. Die Lage in Odessa hat sich noch nicht gebessert, sie ist vielmehr drohender, als je zuvor. Man beginnt wieder, aus den Fenstern zu schießen. Gestern wurde auf diese Weise ein Generalstabsoffizier getötet. Die Militärbehörden drohen, die Häuser, aus denen geschossen wird, durch Schnellfeuergeschosse bombardieren zu lassen. Gestern wurden wieder zahlreiche Personen getötet. Zwischen den Truppen und den Demonstranten finden fortwährend blutige Zusammenstöße statt.

## Aus der Partei.

Zum Literatenfrackel nimmt in ihrer neuesten Nummer die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung Stellung. Obwohl sie wieder sachlich noch formell der Entgegnung der ausgeschiedenen Vorwärtsredakteure zustimme, habe sie aus Loyalitätsrücksichten den ersten Teil abgedruckt, müsse jetzt aber von dem Abdruck der weiteren Schriftstücke absehen, da ihr bereits ein zweiter Aufsatz mit dem Vermerk: Fortsetzung folgt, zugegangen sei. Der Platz des Blattes reiche dazu nicht aus.

Den ausgeschiedenen Redakteuren geschehe damit kein Unrecht. Ihren Angriffen auf den Parteivorstand hat sofort fast die gesamte bürgerliche Presse und eine ganze Anzahl, namentlich mittel- und süddeutscher, Parteiblätter bereitwillig ihre Spalten geöffnet, und ihre Sache wird in diesen Blättern — leider auch denen der Partei — in einem Tone geführt, daß sie selbst, wenn über ihre persönliche Verbitterung die Bestimmung auf das turmhoch über allen persönlichen Schmerzen stehende Interesse unserer großen Sache wieder gesetzt haben wird, sich vor ihren Freunden und Gönnern betrogen werden. Auch von diesen Prehpoleten nehmen wir, aus den soeben angeführten Motiven, keine Notiz. Die Haltung der bürgerlichen Presse, die übrigens genau in demselben Umfang für die Aus-

geschiedenen eintritt, wie sie vordem die Revisionisten gegen die Partei auszuspielen versucht hat, die Haltung der bürgerlichen Presse, sagen wir, ist höchstens dazu angehen, das Vorgehen unfres Parteivorstands nachträglich zu rechtfertigen. Was aber die wenigen Organe unserer Partei anlangt, die in wilden und wilden Intentionen auf den Vorstand mit der Presse unserer Feinde wetterten, so wird sich die Partei mit ihnen vermutlich an einer andern Stelle, als wieder in der Presse, auseinanderzusetzen haben.

Zur Sache selber bemerkt unser kleiner Parteiorgan, daß es mit dem Endresultat der in dem Zirkular des Parteivorstands geschiedenen Vorgänge und mit dem neuen Zustand, wie er in der Redaktion unfres Zentralorgans geschaffen worden, vollständig einverstanden sei. Es fügt aber gleich hinzu, daß es, wenn es das Endresultat billige, sich damit durchaus nicht auch auf alle einzelnen Phasen der Entwicklung, die zu der gegenwärtigen Situation geführt haben, festgelegt habe.

Dem Parteivorstand macht die Leipziger Volkszeitung einen Mangel an Initiative zum Vorwurf. Der Parteivorstand ist erst durch die übrigen Aufsichtsinstanzen des Vorwärts, und nicht zuletzt durch die ausgeschiedenen selbst, zu einer Entscheidung gedrängt worden, die er als seinen, ihm in der Verfassung der Partei zugewiesenen Funktionen heraus längst aus eigener Initiative hätte treffen müssen. Auf dem Dresdner Parteitag wurde ziffernmäßig festgestellt, daß die Politik der Partei eine andre ist, wie die im Vorwärts vertretene. Da die ausgeschiedenen Vorwärtsredakteure nicht demissionierten, nachdem ihr Gegenstand zur Parteimajorität festgestellt worden war, so wäre es Pflicht und Amt des Parteivorstands gewesen, dieser Redaktion den Abschied zu geben. Sogar nach Jena wollte der Vorstand noch patieren und durch Palliativmitteln den unheilbaren Zustand kurieren. Die einzige Entschuldigung, die die Genossen im Vorstand für ihr inkonsequentes Vorgehen vorbringen können, die einzige Entschuldigung freilich, die ein Politiker nicht vorbringen darf, ist, daß sie Sentimentalpolitik, sentimentale Politik getrieben haben. — Die Berliner Aufsichtsinstanzen drängten dann den Vorstand einen Schritt weiter, aber auch sie kamen nicht zu der einzigen Maßregel, die konsequent gewesen wäre. Da taten die jetzt ausgeschiedenen Redakteure der obersten Exekutive den Gefallen, daß sie demissionierten, kündigten, und dadurch den Vorstand zwangen, jene klare Situation zu schaffen, die allein der demokratischen Konstitution unserer Partei entspricht und von ihr dringend gefordert wird. Wir haben jetzt ein Zentralorgan, d. h. ein publizistisches Ressort unserer Exekutive, das die Politik zu machen und zu vertreten gewillt ist, die die Politik der Parteimehrheit ist.

Dem sogenannten Verhandeln der Aufsichtsinstanzen des Vorwärts „hinter dem Rücken der Redaktion“ schreibt unser kleiner Parteiorgan nur sekundäre Bedeutung zu. „Wir stehen aber nicht an, zu erklären, daß wir in dieser Hinsicht das Verfahren der Aufsichtsinstanzen für durchaus zweckentsprechend und korrekt halten. Nicht als ob wir die Verhandlung zwischen der Redaktion irgendeines Parteiorgans und ihrer Aufsichtskommission in wichtigen, die Redaktion betreffenden Angelegenheiten, für überflüssig hielten — sie ist unfres Erachtens ein selbstverständliches, undisputables Recht der Redakteure — aber im Falle der früheren Vorwärtsmajorität war der Auseinandersetzung zwischen Redaktion und Aufsichtsinstant genügend gepflogen worden, die Situation war vollständig geklärt und eine nochmalige Hinguziehung der sechs Redakteure zu den entscheidenden Sitzungen der Aufsichtsinstanzen hätte höchstens wieder zu dem weiteren Fortwursteln wider den Willen der Parteimajorität geführt, das wir vorher kritisiert haben. In keinem Punkte sind die ausgeschiedenen Redakteure verweigert worden, jahrelang sind sie gehört worden und haben sie sich hörbar gemacht, und wo sie nicht gehört werden konnten und es überflüssig war, daß sie sich hörbar machten, bei der Entscheidung über die Kündigung von einzelnen unter ihnen und bei der Annahme ihrer Massen-Kündigung, da hätte ihnen ihr eigener Takt das Fernbleiben aus den Sitzungen ihrer Aufsichtskommission müssen als wünschenswert erscheinen lassen.“

Der Artikel schließt: „Noch eins! Von gewisser Seite ist den Provinzredakteuren zugerufen worden, sie sollten Farbe bekennen in dieser Sache, die sie alle in ihrer Existenz berührt. Hier sei es nicht damit getan, den Mund zu spitzen, hier müsse gepfeifen werden. Ganz unfre Meinung. Nur soll es nicht die Partei sein, auf die gepfeifen wird!“

Freitag sollten in Berlin Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Berliner Parteifunktionären, dem Parteivorstand, der Leitung des Vereins Arbeiterpresse und den entlassenen Redakteuren stattfinden. Die Verhandlungen haben sich nach einer Weibung des Halleischen Volksblattes verzögert.

Als abschreckendes Beispiel für die geistige Konfusion, die die Rurgewerkschaftler bei ihren Opfern produziert, gilt in Partei-treffen schon seit längerer Zeit der Reichstagsabgeordnete Hub. Schon während des Parteitages von Jena probierte er einen Artikel, von dessen plumper Demagogie die Sachliche Arbeiterzeitung mit Recht sagte, sie sei das Widerstück und zugleich Dummstück, was ihr seit längerer Zeit vorgekommen sei. Jetzt nun läßt sich Hub in seiner Vergarber-Zeitung über die Jenaer Debatten zum Generalkreik folgendermaßen vernehmen:

Ob und wann ein Streik beschlossen werden soll, das können und dürfen wir (1) und (2) nicht von Reichsgewerkschaftlern vorschreiben lassen. Das würde eine schöne Geschichte werden, wenn sich die Gewerkschaften von außen her (1) befehlen (2) ließen, was sie „gegebenenfalls“ zu tun haben. Darüber beschließen die Gewerkschaften selbständig, sonst könnte es passieren, daß irgendein Rurkiterat (1) von Einfluß plötzlich den „gegebenen Fall“ erbeide und loskommandierte. (2) Nachdem trotz der sehr ansehnlichen Begründung und der widerspruchsvollen Debatte in Jena dennoch unter dem Einbruch einer stürmerregenden Stimmung die Generalkreikresolution gegen die Stimmen der bekannten Gewerkschaftler (1) Annahme fand, können die Gewerkschaften nicht genug auf der Hut sein vor ähnlichen Stimmungspublikationen.

Die Herren Loh, Sonnemann, Rehbauer und Raumann werden bepehert Velsaß Notizen nach dem Grundsatz, je größere Dummsheiten ein Arbeiterführer macht, ein desto größerer „Staatsmann“ wird er.

b. Unser Parteibewegung im westlichen Westfalen im letzten Jahre. Der Landesvertrauensmann veröffentlicht soeben seinen Geschäftsbericht. Zum Agitationsbezirk gehören die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Hamm-Soest, Becklinghausen und Arnberg. In diesem großen Bezirke bestanden noch im Jahre